

DEUTSCH IN DER EU-SPRACHENPOLITIK

Deutsch in der EU-Sprachenpolitik

Die Sprachenpolitik der Europäischen Union (EU) hat mit der aktuellen EU-Kommission eine neue Wendung erfahren. Der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte in einem Radiointerview vor nunmehr über neun Jahren: „Wir sind ohne Kompass, nicht, weil die Politik schwach wäre – das ist sie auch –, sondern weil die Menschen etwas zukunftsfaul geworden sind“ (Juncker 2006). Nach den Jahren, die seitdem vergangen sind, ist Jean-Claude Juncker zwar Kommissionspräsident geworden, doch ob die Zukunftsfaulheit in der Sprachen- und Kulturpolitik abgenommen hat, muss bezweifelt werden. Um besser zu verstehen, was ich damit meine, möchte ich kurz die Geschichte der Sprachenpolitik der EU schildern.

Für die Institutionen der EU gilt die „Verordnung Nr. 1“ (Europäische Atomgemeinschaft 1958) als Beginn ihrer Sprachenpolitik, an deren Prinzipien sich bis heute – auf dem Papier – nichts geändert hat. Die Verordnung vom 16.10.1958 regelt die Sprachenfrage für die Europäische Gemeinschaft. Darin wird festgelegt, dass die Amts- und Arbeitssprachen der Organe der Europäischen Gemeinschaft, wie die EU damals hieß, die Amtssprachen der jeweiligen Mitgliedstaaten sind. Das waren die Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch. An diesem Prinzip der Sprachenvielfalt wird bis heute festgehalten, sodass die EU derzeit 24 Amts- und Arbeitssprachen hat, die formal gleichberechtigt sind. In derselben Verordnung wird auch bestimmt, dass sich jede/r EU-Bürger/in an die Organe der Gemeinschaft in einer dieser Sprachen wenden kann und eine Antwort in derselben Sprache erhalten muss. Für die interne Arbeit der EU-Kommission wurden durch den sogenannten Delors-Erlass (Delors 1993) und durch die Geschäftsordnung der EU-Kommission (Ammon 2015, S. 745 und 789) drei Sprachen herausgehoben: Englisch, Deutsch und Französisch. Dennoch hatten die Bildungsminister der EU-Mitgliedstaaten erkannt, dass es für den europäischen Einigungsprozess allein nicht ausreicht, vielsprachige Institutionen zu schaffen. Auch die Bürger müssen

mehrsprachig werden, um sich miteinander verständigen zu können. 1974 wurde daher beschlossen, dass alle Schüler der EU mindestens eine Fremdsprache erlernen sollen. Zehn Jahre später wurde ein noch folgenreicherer Beschluss gefällt. 1984 beschlossen die Bildungsminister, dass alle Schüler zwei Fremdsprachen lernen sollten. Dies ist der Beginn der Mehrsprachigkeitspolitik der EU, wie wir sie heute kennen: Muttersprache + 2. Die großen europäischen Bildungsförderungsprogramme wie das Erasmus-Programm haben unter anderem den Zweck, dieses Ziel zu erreichen, das 2002 noch einmal ausgeweitet wurde. Es gilt nun nicht mehr nur für Schüler, sondern für alle Bürger/innen der EU. Das Stichwort dazu lautet: Lebenslanges Lernen. Die Erwartung, dass alle EU-Bürger/innen zwei Fremdsprachen beherrschen sollen, hängt eng mit der weltweiten Verbreitung des Englischen zusammen. Diese Entwicklung macht vor Europa nicht halt.

DER KOMMISSIONSPRÄSIDENT BEKLAGT DIE „ZUKUNFTSFAULHEIT“ DER MENSCHEN. DAS BETRIFFT AUCH DIE SPRACHENPOLITIK DER EU SELBST

Außerdem stärkte die wachsende Zahl der EU-Mitgliedstaaten, vor allem nach den Beitritten Großbritanniens und Irlands, aber auch der skandinavischen Länder, die Stellung des Englischen in der EU (ausführlich in Kruse 2012). Diese Entwicklung hat der niederländische Soziologe Abram de Swaan so zusammengefasst: „The more languages, the more English“ (de Swaan 2001, S. 144). Es wurde deutlich, dass die anderen Sprachen mit der Stellung des Englischen auf absehbare Zeit nicht konkurrieren können. Sollten sie dennoch weiterhin als Fremdsprache verbreitet und gelernt werden, dann nicht anstatt Englisch, sondern zusätzlich als zweite Fremdsprache. Als dritter Bereich der EU-Sprachenpolitik ist schließlich der Schutz von Regional- und Minderheitensprachen zu nennen. 1992 wurde eine entsprechende Charta vom Europarat und der

Der Autor war wissenschaftlicher Mitarbeiter in den EU-Forschungsprojekten „Dynamik und Handhabung der Sprachenvielfalt“ (DYLAN) und „Mobilität und Inklusion im vielsprachigen Europa“ (MIME) und arbeitet als Fachübersetzer und wissenschaftlicher Autor in Köln.

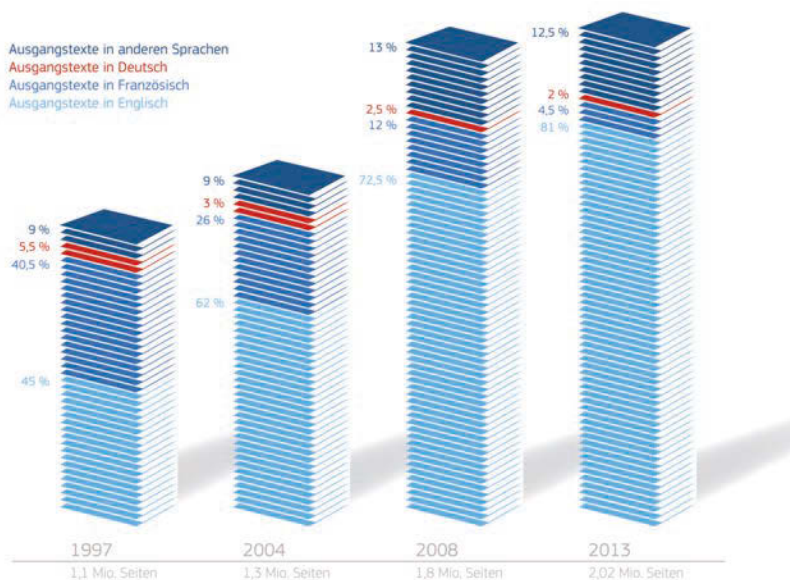


Abb. 1: Trends: Sprache der Ausgangstexte von EU-Kommissionsdokumenten
(Quelle: GD Übersetzung der Europäischen Kommission 2014, S. 7)

EU veröffentlicht, die die EU-Mitgliedstaaten völkerrechtlich zum Schutz kleinerer Sprachen verpflichtet. Leider wurde sie nicht von allen Staaten ratifiziert, darunter Frankreich. 2014 wurde aber eine Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen im EU-Parlament eingerichtet.¹

Diese formelle Sprachenpolitik – auf die informelle komme ich gleich zurück – ist eine Aufgabe des EU-Kommissariats, insbesondere die Förderung der Mehrsprachigkeit. Ab 2004 war Ján Figel Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit. Er hatte sich sehr für Fragen der Mehrsprachigkeit eingesetzt. Ihm folgte für den Bereich Mehrsprachigkeit von 2007-2010 der Kommissar für Mehrsprachigkeit Leonard Orban. Erstmals wurde ein Kommissariat eingerichtet, das ausschließlich die Förderung der Sprachenvielfalt und der Mehrsprachigkeit zur Aufgabe hatte. Es blieb aber einmalig, denn darauf folgte 2010-2014 die Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend Androulla Vassiliou. Unter ihrer Führung genoss das Portfolio Mehrsprachigkeit wenig Aufmerksamkeit und beschränkte sich weitestgehend auf Initiativen zum Lernen von Fremdsprachen. Schließlich wurde 2014 der ehemalige ungarische Außenminister Tibor Navracsics Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport. Mehrsprachigkeit ist nun ganz aus dem Namen des Portfolios gestrichen worden. Wenn man sich die Aufgabe des Kommissariats ansieht, stellt man fest, dass sprachenpolitische Ziele nicht mehr formuliert werden. Zuständig für Fragen der sprachlichen Bildung ist die Generaldirektion Bildung und Kultur. Sprachenpolitisch scheint derzeit nur die Förderung des Fremdsprachenlernens im Rahmen von Erasmus+ übrig geblieben zu sein. Die Internetseite des Kommissars ist nur auf Englisch und Un-

garisch aufzurufen. Man sollte dies auch symbolisch verstehen. Denn dies drückt nicht nur die passive Haltung der Kommission gegenüber kultur- und sprachpolitischen Fragen aus, sondern ist ein weiteres Zeichen für die langsame Veränderung des Sprachenregimes in den EU-Institutionen hin zu einer einsprachig englischen Praxis. Der Sprachgebrauch entspricht nicht der Sprachenvielfalt in der EU. Auch dies ist Teil ihrer Sprachenpolitik, gewissermaßen einer nicht deklarierten, informellen Politik.

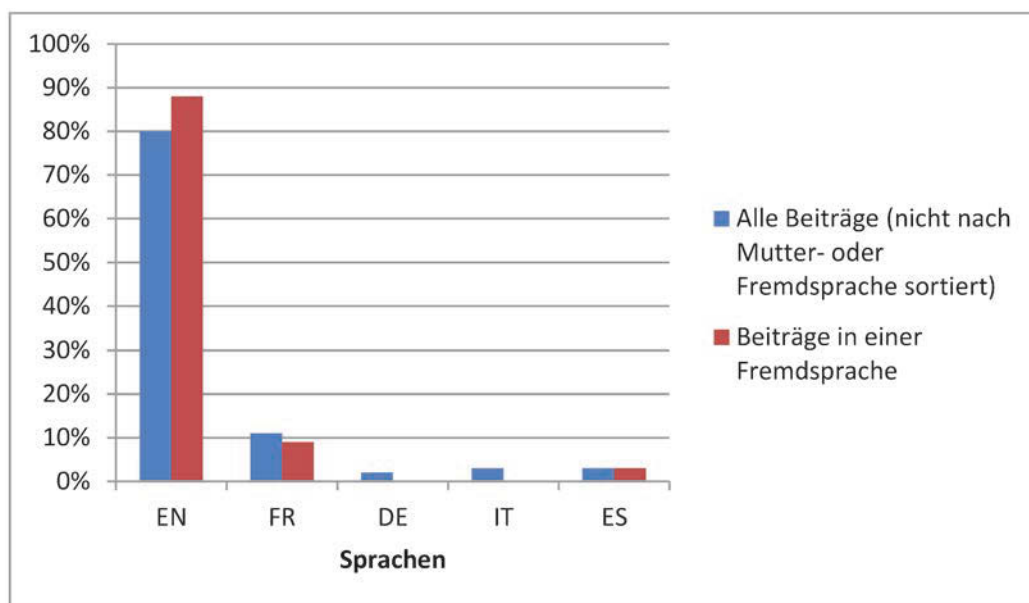
Zunehmende Monolingualität in den Institutionen

Diese zunehmende Monolingualität in den EU-Institutionen zeigt sich auch an den Sprachen, in denen Dokumente der EU-Kommission verfasst werden. Wurden im Jahr 1997 noch 45 % aller Dokumente auf Englisch verfasst und anschließend in andere Sprachen übersetzt, waren es 2013 bereits 81 %. Besonders hat Französisch unter dieser Entwicklung gelitten, wie die Grafik oben links zeigt.

JE MEHR SPRACHEN, DESTO MEHR ENGLISCH

Die Analyse der Sprachwahl bei Pressekonferenzen gibt diese Tendenz ebenso deutlich wieder. Obwohl die meisten EU-Kommissar/innen nach eigener Aussage mindestens zwei Fremdsprachen gut beherrschen, wählen sie meist Englisch, wenn sie sich an die Presseöffentlichkeit wenden, wie eine kleine Studie 2012 belegt (Kruse 2012, S. 200 ff.). An fehlenden Dolmetschermöglichkeiten liegt es nicht, denn für solche Konferenzen steht in der Regel der gesamte Dolmetscherapparat der Generaldirektion Dolmetschen zur Verfügung, und eine Beschränkung wird nur durch die Architek-

Abb. 2: Sprachwahl bei 140 Pressekonferenzen von EU-Kommissar/inn/en



tur, d. h. die Zahl der damals 21 verfügbaren Dolmetscherkabinen in der Pressekonferenz der Kommission notwendig. Abbildung 2 zeigt, dass Englisch in 80 % aller untersuchten Konferenzbeiträge verwendet wurde. Wenn sich die Kommissar/innen einer Fremdsprache bedient haben, wählten sie in 88 % aller Fälle Englisch, in 9 % Französisch und in 3 % Spanisch. Deutsch und Italienisch werden als Fremdsprache nicht verwendet. Die Verwendung des Spanischen als Zweit- oder Fremdsprache in relativ vielen Fällen liegt möglicherweise daran, dass im Zeitraum der Erhebung Spanien den Ratsvorsitz innehatte. Da solche Pressekonferenzen in der Regel im Anschluss an Verhandlungen gegeben werden, ist anzunehmen, dass für die Konferenz häufig die Verhandlungssprache verwendet wird. Die Sprachwahl erfolgt also pragmatisch, da die zuvor verwendete Sprache nicht gewechselt wird. Die Beiträge auf Englisch müssen dann auch von denen richtig verstanden werden, die keine Dolmetscher sind. Wahrscheinlich wird davon ausgegangen, dass in Brüssel arbeitende Journalisten über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen und sie die Übersetzungsleistung übernehmen, solange sich in den Mitgliedstaaten noch keine englischsprachigen Medien durchgesetzt haben (siehe Abb. 2).

Ein sprachpolitischer Blick auf die relativ neuen EU-Institutionen Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) und Europäischer Finanz- und Stabilitätsfonds (EFSF), die beide nicht mehr direkt der Kommission zugeordnet sind und daher auch nicht der Dreisprachenregelung der Kommission entsprechen müssen, bestätigt die Tendenz der EU hin zu einer einsprachigen Wirklichkeit (Ammon 2012, S. 585). Der EAD hat zwei offizielle Sprachen, Englisch und Französisch, und es ist nur

DIE WEITGEHENDE EINSPRACHIGKEIT DER EU-INSTITUTIONEN IST EIN ABGESCHLOSSENER VORGANG

möglich, sich in diesen Sprachen auf eine Position in diesem Dienst zu bewerben. Beim EFSF gilt sogar ein einsprachig englisches Regime, obwohl sein Sitz in Deutschland ist und der Vorsitz dem Deutschen Klaus Regling zugewiesen wurde. Man muss davon ausgehen, dass diese Entwicklung bei der weiteren Ausgestaltung der EU fortgesetzt wird, sollte sich die Sprachenpolitik der Gemeinschaft nicht ändern.

Sprachkompetenzen

Die Entwicklung der Sprachkompetenzen der Bürger/innen spiegelt diesen Trend ebenfalls wider. In folgender Grafik ist zu erkennen, wie sich die Sprachkompetenzen der EU-Bürger/innen in den vergangenen Jahren von 1990 bis 2012 verändert haben. Die Zahlen sind den so genannten Eurobarometer-Umfragen entnommen, in denen die Bürger/innen der EU gefragt wur-

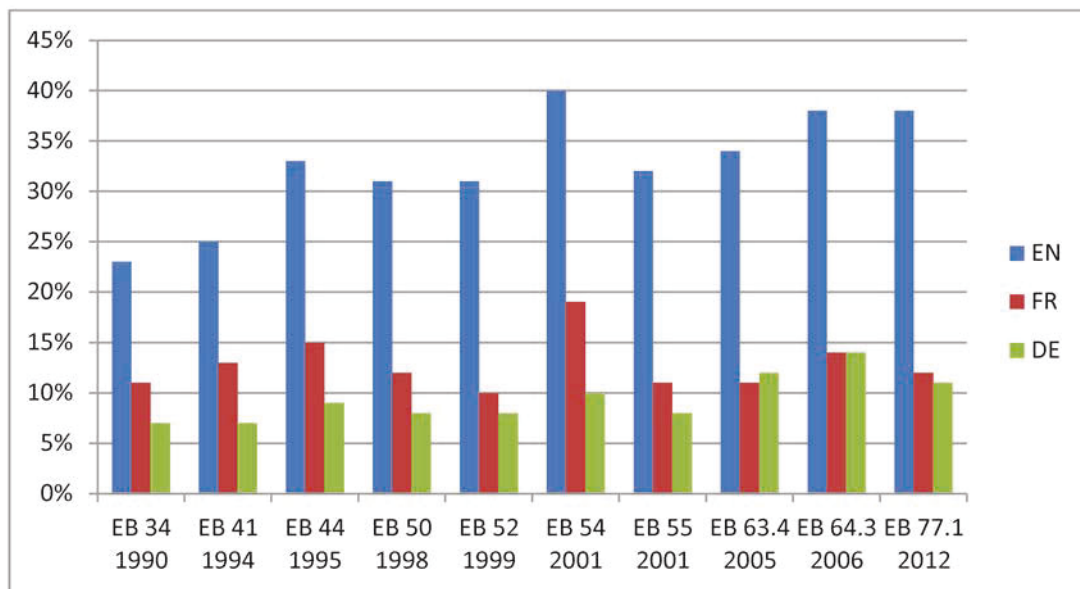


Abb. 3: Entwicklung der Sprachenkompetenz der EU-Bürger/innen in Prozent aller Befragten der Eurobarometer-Studien (EB) mit Jahresangabe

den, welche Sprachen sie neben ihrer Muttersprache gut genug beherrschen, um sich darin unterhalten zu können. Da es sich hierbei um Selbsteinschätzungen handelt, ist nicht sicher, ob die tatsächlichen Zahlen stimmen. Andere Erhebungen zur Sprachenkompetenz bestätigen jedoch die dargestellten Verhältnisse.² Im zeitlichen Querschnitt gelten die Antworten zudem als zuverlässig.

Folgende Punkte werden durch die Abb. 3 deutlich:

- Es wurde in der Regel nur nach Kompetenzen in den drei Sprachen Englisch, Deutsch und Französisch gefragt. Wenn hin und wieder andere Sprachen angegeben werden konnten, lag deren Zahl weit unter denen dieser drei Sprachen.
- Die Anzahl derer, die Französisch oder Deutsch beherrschen, hat sich nicht verändert.
- Die Anzahl derer, die Englisch beherrschen, ist gestiegen.
- Unter 40 % aller EU-Bürger/innen geben an, Englisch zu beherrschen

ÜBER 60 % ALLER EUROPÄER HABEN KEINE AUSREICHENDEN ENGLISCHKENNTNISSE

Der unregelmäßige Verlauf ist Folge der EU-Erweiterungen im jeweiligen Jahr. Die auffällige Abweichung 2001 lässt sich mit einer einmalig geänderten Fragestellung im Eurobarometer 54 (Europäische Kommission 2001) erklären. Ein Erfolg der EU-Sprachenpolitik für eine verbesserte Mehrsprachigkeit aller Bürger/innen im Sinne der Ziels Muttersprache + 2 ist anhand dieser Ergebnisse nicht erkennbar. Die zunehmende Konzentration auf eine Sprache in den Institutionen der EU wirkt sich auch problematisch auf die demokratischen Organe der Mitgliedstaaten aus, wie folgende Erhebung zeigt.

Bundestag

Eine Umfrage unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestags zeigt, welche Folgen die Einsprachigkeit in den EU-Institutionen auf die demokratische Verfasstheit der Mitgliedstaaten haben kann (Kruse 2013; Ammon/Kruse 2013). Die Abgeordneten in den Fachausschüssen des Bundestags erhalten eine erhebliche Menge an Dokumenten, die für eine gemeinsame europäische Politik und die Vorbereitung von Ratifizierungen notwendig sind, auf Englisch. In den Jahren 2011/2012 handelte es sich beispielsweise um 43 % aller sogenannten EU-Vorlagen an den Europaausschuss. Etwa einem Drittel der befragten Mitglieder des Bundestags entgehen dabei relevante Inhalte (s. Tab. 1). Das ist nicht weiter verwunderlich, denn zum einem handelt es sich dabei um umfangreiche Fachtexte, und zum anderen sind Fremdsprachenkenntnisse keine Voraussetzung für die Übernahme eines Mandats. Außerdem ist die Sprache des Parlaments ausschließlich Deutsch.

Doch auch wenn die Texte von den Abgeordneten bearbeitet werden („Man wurschtelt sich so durch“, sagte ein MdB), ist noch nicht sicher, ob ihre Inhalte moralisch und politisch genauso beurteilt werden wie in der Übersetzung. Eine Studie von Albert Costa hat gezeigt, dass Menschen in einer Fremdsprache eher dazu neigen, utilitaristische Entscheidungen zu fällen (Costa et al. 2014a). Demnach entschließen sich beim so genannten Fetter-Mann-Problem in einer Fremdsprache signifikant mehr Menschen zu einem Mord als in ihrer Muttersprache. Das Fetter-Mann-Problem ist ein moralisches Dilemma, das von Thomson (1976) in Form eines Gedankenexperiments eingeführt wurde. Dabei wird

59,7 % aller Befragten lesen nicht übersetzte EU-Vorlagen selten oder nie.

29,9 % davon geben an, dass ihnen „immer“ oder „oft“ wichtige Inhalte entgehen.

29,6 % von diesen geben an, ihrer Aufgabe in vollem Umfang nachkommen zu können, obwohl ihnen wichtige Inhalte entgehen.

Tab. 1: Ausschnitt aus den Ergebnissen einer Umfrage unter Bundestagsabgeordneten zum Umgang mit englischsprachigen EU-Vorlagen (Kruse 2013)

um eine Entscheidung in folgender Situation gebeten: Ein Zug rast auf eine Gruppe Personen im Gleis zu und würde sie vermutlich töten. Vor dieser Gruppe ist eine Brücke, auf der ein so fatter Mann sitzt, dass er den Zug bremsen würde, wenn man ihn von der Brücke stieße.

BUNDESTAG MUSS MIT ENGLISCHSPRACHIGEN DOKUMENTEN ARBEITEN, OBWOHL DIE SPRACHE DES PARLAMENTS DEUTSCH IST

Die Kollision würde er aber nicht überleben. Die Proband/innen sollen sich entscheiden, ob sie den Zug durchfahren lassen oder den Mann von der Brücke stoßen. Das Experiment wurde Versuchspersonen in deren Muttersprache und in einer Fremdsprache präsentiert. Die Autor/innen stellen fest: „While only 18 % of the participants decided to push the man to his death when using their native tongue, fully 44 % of them chose to push him when using a foreign language“ (Costa et al. 2014a, S. 3). Andere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen (Costa et al. 2014b; Keysar/Hayakawa/An 2012). Es ist allerdings ein Desiderat, einen Zusammenhang zwischen der Arbeit mit politischen Texten in einer Fremdsprache, in diesem Fall Englisch, und politischer Entscheidung herzustellen. Doch kann festgestellt werden, dass sich die Abgeordneten gleich mehreren Schwierigkeiten aussetzen: dem fehlenden Verständnis der Textgrundlagen und einem utilitaristischeren, distanzierteren Zugang zu den Inhalten, die noch verstanden werden.

Warum Deutsch?

Wenn die Abgeordneten des Bundestags solche Schwierigkeiten mit den Sprachfassungen haben, ist davon auszugehen, dass ihr demokratisches Mitbestimmungsrecht für die Ausgestaltung der EU darunter leidet. In einem Gutachten aus dem Jahr 2015 (Deutscher Bundestag 2015) kommen die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags zu dem Schluss, dass die Rechtslage bezüglich der Sprachfassung von EU-Vorlagen unklar und das Sprachenregime der EU „unübersichtlich“ ist. Letztlich überwiegt in dem Gutachten aber die Überzeugung, dass das Interesse des Parlaments an Übersetzungen ins Deutsche im Zweifelsfall größer ist als an anderen Interessen wie die Funktionsfähigkeit der Bundesregierung und der schonende Umgang mit Haushaltsmitteln, da von der Sprachfassung die verfassungsrechtlich begründete Mitwirkung an der Ausgestaltung der EU abhängt. Die Politik der EU ist andernfalls sprachlich einer Elite vorbehalten, die gut genug Englisch spricht. Grundsätzlich werden über 60 % aller EU-Bürger/innen von dieser Kommunikation ausgeschlossen, wenn ihnen keine

DIE POLITIK DER EU IST EINER ELITE VORBEHALTEN, DIE GUT GENUG ENGLISCH SPRICHT

Übersetzungen zugänglich sind. Tatsächlich hat sich 2014 das Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern darüber beschwert.

Deren Vertreter wandten sich an einen CSU-Politiker, weil sie sich an einer Beratung der EU für Pläne einer Urheberrechtsreform beteiligen wollen. Sie fühlten sich aber ausgeschlossen, da es die Vorlage dazu trotz kniffliger juristischer Fragen nur auf Englisch gebe (ZEIT ONLINE 2014).³

Dies ist ein kleines Beispiel dafür, wie Bürger/innen nur durch die Sprachwahl von der Politik ausgeschlossen werden können. Dabei handelt es sich um ein inter-

Sprachenpolitik	Bereiche
Sprachpraxis	Individuelles und gemeinschaftliches Sprachwahlverhalten, mehrsprachige Strategien
Sprachideologie	Politische, historische, persönliche Einstellungen und Überzeugungen
Sprachmanagement	
– Spracherwerbsmanagement	Spracherwerb, Fremdsprachendidaktik
– Korpusmanagement	Kodifizierung und Ausbau von Sprachen
– Statusmanagement	Status von Sprachen, Diglossie

Tab. 2: Sprachenpolitik und praktische Bereiche

nationales Problem, für das eine internationale Lösung gefunden werden sollte.

Aber es gibt auch ein spezifisch deutsches Interesse. Deutsch ist in den meisten anderen großen internationalen Institutionen außer der EU keine Amtssprache (OSZE, ESA, EPO). Eine solche Stellung hat aber Auswirkungen auf die internationale Sichtbarkeit einer Sprache. Ammon (2015, S. 10 f.) zählt weitere Vorteile auf, die die internationale Stellung für eine Sprache hat:

- 1) Leichtere Kommunikation mit Anderssprachigen und bei Auslandskontakten;
- 2) Engere Beziehungen zwischen Mutterländern und Fremdsprachlern und deren Ländern (Handel; Unternehmensniederlassungen; Outsourcing; Gewinnung von ‚Humankapital‘; wissenschaftliche, politische und kulturelle Kontakte; Tourismus);
- 3) Gegenseitige Imageverbesserung, Abbau von Vorurteilen (positiveres Bild von den Sprachgemeinschaften, ihren Ländern und Bürgern);
- 4) Bessere Kenntnis von Werten und Kultur, teilweise auch deren weitere Verbreitung (Rezeption von Texten aus den Mutterländern, Kenntnisnahme von Inhalten und Werten und vielleicht deren Aneignung);
- 5) Zusätzliche Berufschancen aufgrund der Sprachkenntnisse sowohl für Muttersprachler (in den Fremdsprachländern) als auch für Fremdsprachler (in den Fremdsprachländern und Mutterländern);
- 6) Finanzielle Einnahmen der Mutterländer durch die Sprachindustrie (Vertrieb von Sprachlehr-

materialien, Sprachunterricht, sprachgebundene Waren wie Bücher und sonstige Medienprodukte);

- 7) Erhöhung des Kommunikationspotenzials und damit des Gebrauchswerts der Sprache durch zusätzliche Sprecher und damit auch Erhöhung der Motivation, die Sprache zu lernen;
- 8) Stärkung des Sprachstolzes und Nationalbewusstseins der Muttersprachler.

Diese Auflistung ist wohl wertfrei zu verstehen, auch wenn insbesondere Punkt acht hinsichtlich einer solidarisch auszurichtenden internationalen Politik meiner Ansicht nach keinen Vorteil darstellt.

Im Frühjahr 2013 sagte der Bundespräsident Joachim Gauck: „Ich bin überzeugt, dass in Europa beides nebeneinander leben kann: die Beheimatung in der eigenen Muttersprache und in ihrer Poesie und ein praktisches Englisch für alle Lebenslagen und Lebensalter“ (Gauck 2013). Der belgische Sozialwissenschaftler Philippe van Parijs schreibt in seinem Buch über Sprachengerechtigkeit: „Menschen, denen Gerechtigkeit am Herzen liegt, [...] sollten es als ihre Pflicht verstehen, die Verbreitung des Englischen als Lingua franca in Europa zu fördern“ (van Parijs 2013, S. 71). Solche Aussagen stehen im Widerspruch zu den in diesem Artikel präsentierten Daten, weil von einer solchen Politik immer nur die profitieren können, die über entsprechende Sprachkenntnisse verfügen. Außerdem wird damit die Bedeutung der oben genannten Punkte einer internationalen Stellung der Sprache unterschätzt.

Sprachenpolitik	Bereiche in der EU-Sprachenpolitik
Sprachpraxis	Englisch als erste/einzige Fremdsprache, EU-Verfahrenssprachen, EU-Förderprogramme
Sprachideologie	Gleichberechtigung aller Amts- und Arbeitssprachen der EU, auch als Fremdsprachen
Sprachmanagement	
– Spracherwerbsmanagement	Mehrsprachigkeit (Muttersprache + 2)
– Korpusmanagement	“European Englishes“ (z. B. The Vienna-Oxford International Corpus of English)
– Statusmanagement	Sprachenvielfalt, Minderheitensprachen

Tab. 3: Sprachenpolitik und Anwendungsbereiche in der EU

Sprachenpolitik im Modell

Die Sprachenpolitik der EU sollte einen Ausgleich zwischen den Interessen aller Sprachgemeinschaften in Europa und der Notwendigkeit einer international verbreiteten Sprache wie Englisch schaffen. Sonst droht Deutsch – wie etwa auch Französisch – durch Englisch in der politischen Praxis einerseits und der Förderung der Regional- und Minderheitensprachen durch die Sprachenpolitik andererseits aus dem Blick zu geraten. Dazu wäre es notwendig, das Portfolio Sprachenpolitik in der EU-Kommission und seine Wirksamkeit zu stärken anstatt es weiter zu schwächen. Eine wirksame internationale Sprachenpolitik besteht aus mehr Bereichen als den bereits genannten (Förderung der Mehrsprachigkeit, Schutz von Regional- und Minderheitensprachen sowie der Vielfalt der Amts- und Arbeitssprachen). Wie das in Tabelle 2 und 3 dargestellte Modell zeigt, spielen auch Fragen der Sprachideologie und der Sprachpraxis eine wichtige Rolle. Das Modell beruht auf den Arbeiten von Heinz Kloss (1969), Robert Cooper (1989), Björn Jernudd / Jiří Nekvapil (2012) und Bernard Spolsky (2004; 2009; 2012). Spolsky schlägt vor, die üblichen Kategorien der Sprachplanung zugunsten eines dynamischeren Prozesses auszutauschen, den er Sprachmanagement nennt (Spolsky 2009; 2012). Er weist damit darauf hin, dass die national geprägte Vorstellung einer Planung sozialer Strukturen

nicht realistisch ist, da die aufgestellten Pläne in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft nicht durchsetzbar sind. Aus heutiger internationaler Perspektive und unter Beachtung der Mobilität, die die Globalisierung mit sich gebracht hat, wird dieses Argument noch weiter verstärkt. Die sprachliche Gestaltung von Kommunikationsräumen entzieht sich immer mehr einer zentralisierten Kontrolle. Jernudd und Nekvapil (2012) schlagen darüber hinaus vor, weitere Kategorien in ein Modell von Sprachenpolitik miteinzubeziehen: das tatsächlich stattfindende Sprachverhalten und die der Politik zugrunde liegende Ideologie. Zusammengefasst lassen sich diese Begriffe, wie in Tabelle 2 dargestellt, übernehmen.

EIN SPRACHENPOLITISCHES MODELL KANN ZUR BILDUNG EINES SPRACHENPOLITISCHEN BEWUSSTSEINS BEITRAGEN

Die linke Seite der Tabelle enthält die Bezeichnungen für die jeweilige Kategorie. In der rechten Spalte sind beispielhaft einige Bereiche eingefügt, die zu der entsprechenden Kategorie gezählt werden können.

Es ist nun möglich, den Kategorien entsprechende Bereiche einer internationalen europäischen Sprachenpolitik zuzuordnen. Dabei zeigt sich, welche Schwerpunkte die EU-Sprachenpolitik bisher hat und welche Bereiche nicht im Zentrum stehen. Eine erfolgreiche Sprachenpolitik sollte dann möglich sein, wenn alle Kategorien in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinanderstehen und nicht einzelne ganz ausgeklammert werden (Tabelle 3).

Um die Bedeutung von Sprachenpolitik für Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu verdeutlichen, ist es sinnvoll, die interdisziplinäre Forschung in diesem Bereich sowie die Eigenständigkeit dieses Fachs und das allgemeine sprachpolitische Bewusstsein zu fördern.

Einen Beitrag dazu leistet das von der EU finanzierte Verbundforschungsprojekt „Mobilität und Inklusion im vielsprachigen Europa“ (MIME)⁴. Mit einem interdisziplinären Ansatz soll MIME einen umfassenden Katalog von politisch relevanten Vorschlägen für

EIN EU-FORSCHUNGSPROJEKT WIDMET SICH DEN FRAGEN VON INTERNATIONALI- TÄT UND MEHRSPRACHIGKEIT

sprachenpolitische Strategien erarbeiten, die „Mobilität“ und „Inklusion“ bestmöglich verbinden. Dabei wird die ausgleichende Wirkung von Sprachenpolitik hinsichtlich der wichtigen gesellschaftlichen Bereiche Mobilität aller Bürger/innen einerseits und Inklusion der Gesellschaft andererseits betont. Einer der vielfältigen Forschungsbereiche innerhalb des Projekts widmet sich besonders der Kategorie „Sprachpraxis“ durch die Untersuchung tatsächlich verwendeter Strategien in der internationalen Kommunikation. Dort werden sprachpolitische Themen wie die internationale Kommunikation öffentlicher Einrichtungen, Spracherfahrungen von Erasmus-Studierenden, Sprachenvielfalt und Sprachwahl in den „Euroregionen“, aber auch die Kommunikation von Flüchtlingen und Einwanderern in Europa erforscht. Diese Themen können zu einer Sprachenpolitik beitragen, die zu einem Verständnis europäischer Mehrsprachigkeit führt, das über die genannten Bereiche der EU-Sprachenpolitik hinausgeht, indem sie die Praxis effektiver und gerechter Kommunikation berücksichtigt. Dabei sind als zentrale Themen zu nennen: Sprachengerechtigkeit als Faktor gesellschaftlicher Teilhabe, Sprachenpolitik als Bestandteil der sprachlichen Bildung sowie neue Per-

spektiven europäischer Mehrsprachigkeit. Ein weiterer wichtiger Teil ist die Erarbeitung von Bedingungen, die einen stabilen Multilingualismus (Crystal 2000) aus nationalen und regionalen Sprachen sowie dem Englischen in der Funktion als Lingua franca ermöglichen.

INTERDISZIPLINARITÄT ALS STRATEGIE GEGEN ZUKUNFTSFAULHEIT

Ein solches Engagement kann dazu beitragen, der EU ihren sprachpolitischen Kompass wiederzugeben, den Jean-Claude Juncker vermisst hat, jenseits nationalstaatlichen Denkens, jenseits der Zukunftsfaulheit.

Anmerkungen

¹ Quelle: <www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00c9d93c87/Interfraktionellen-Arbeitsgruppen.html> (zuletzt abgerufen am 2.2.2016).

² Zum Vergleich: European Survey on Language Competences (ESLC) <www.surveylang.org/de/About-SurveyLang/About-the-survey.html> (zuletzt abgerufen am 2.2.2016).

³ Quelle: <www.zeit.de/politik/deutschland/2014-04/eu-csu-sprache-deutsch> (zuletzt abgerufen am 2.2.2016).

⁴ Internetseite des Forschungsprojekts: <www.mime-project.org> (zuletzt abgerufen am 2.2.2016).

Literatur

- Ammon, Ulrich (2012): Language policy in the European Union. In: Spolsky, Bernard (Hg.): Cambridge Handbook of Language Policy. Cambridge: CUP, S. 570-591.
- Ammon, Ulrich (2015): Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt. Berlin / München / Boston: de Gruyter.
- Ammon, Ulrich / Kruse, Jan (2013): Does translation support multilingualism in the EU? Promises and reality – the example of German. In: International Journal of Applied Linguistics 23 (1). Wiley: Cambridge, S. 15-30.
- Cooper, Robert (1989): Language planning and social change, Cambridge: CUP.
- Costa, Albert / Foucart, Alice / Hayakawa, Sayuri et al. (2014a): Your Morals Depend on Language. PLoS ONE 9(4): e94842. <<http://dx.plos.org/10.1371/journal.pone.0094842>>.
- Costa, Albert / Foucart, Alice / Arnon, Inbal et al. (2014b): "Piensa" twice: On the foreign language effect in decision making. In: Cognition 130, S. 236-254.
- Crystal, David (2000): Language Death. Cambridge: CUP.
- Delors, Jacques (1993): EG-Nachrichten 34. (Delors-Erlass 6/9/1993).
- De Swaan, Abram (2001): Words of the World: The Global Language System. Cambridge: Polity Press.
- Deutscher Bundestag (2015): Verfassungsrechtlicher Anspruch des Bundestages auf deutschsprachige Informationen nach Art. 23 Abs. 2 und Abs. 3 GG. WD 3 - 3000 - 051/15.
- Europäische Atomgemeinschaft (1958): Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Atomgemeinschaft. Amtsblatt der Europäischen Union 017.
- Europäische Kommission (2001): Eurobarometer 54 Sonderbericht. Die Europäer und ihre Sprachen. Brüssel.
- GD (Generaldirektion) Übersetzung der Europäischen Kommission (2014): Übersetzung und Mehrsprachigkeit. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union <http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=HC0414307> (Stand 8.2.2016).
- Gauck, Joachim (2013): Europa: Vertrauen erneuern – Verbindlichkeiten stärken. Rede zu Perspektiven der europäischen Idee am 22. Februar 2013 im Schloss Bellevue. Berlin: Bundespräsidialamt.
- Jernudd, Björn / Nekvapil, Jiří (2012): History of the field: a sketch. In: Spolsky, Bernard (Hg.): Cambridge Handbook of Language Policy. Cambridge: CUP, S. 16-36.
- Juncker, Jean-Claude (2006): Europa hat den Kompass verloren. Deutschlandfunk – Interview der Woche. Beitrag vom 21.05.2006. <www.deutschlandfunk.de/europa-hat-den-kompass-verloren.868.de.html?dram:article_id=124384> (zuletzt abgerufen am 20.2.2015).
- Keysar, Boaz / Hayakawa, Sayuri L. / An, Sun Gyu (2012): The Foreign-Language Effect: Thinking in a Foreign Tongue Reduces Decision Biases. In: Psychological Science 23, S. 661-668.
- Kloss, Heinz (1969): Research Possibilities in Group Bilingualism: A report. Quebec: International Center for Research and Bilingualism.
- Kruse, Jan (2012): Das Barcelona-Prinzip. Die Dreisprachigkeit aller Europäer als sprachpolitisches Ziel der EU. Frankfurt: Lang.
- Kruse, Jan (2013): I don't understand the EU-Vorlage. Die Folgen der sprachpolitischen Praxis in den Institutionen der EU für den Deutschen Bundestag – Ergebnisse einer quantitativen Untersuchung. In: Wiejowski, Karina / Kellermeier-Rehbein, Birte / Haselhuber, Jakob (Hg.): Vielfalt, Variation und Stellung der deutschen Sprache. Berlin / Boston: de Gruyter, S. 309-324.
- Spolsky, Bernard (2004): Language Policy. Cambridge: CUP
- Spolsky, Bernard (2009): Language Management. Cambridge: CUP.
- Spolsky, Bernard (2012): What is language policy? In: Spolsky, Bernard (2012) (Hg.): Cambridge Handbook of Language Policy. Cambridge: CUP, S. 3-15.
- Thomson, Judith Jarvis (1976): Killing, Letting Die, and the Trolley Problem. In: The Monist 59, S. 204-217.
- Van Parijs, Philippe (2013): Sprachengerechtigkeit für Europa und die Welt. Frankfurt: Suhrkamp.
- ZEIT ONLINE: EU-Dokumente: Bundestagsvize verlangt mehr deutsche Texte in Europa. <www.zeit.de/politik/deutschland/2014-04/eu-csu-sprache-deutsch> (Stand: 2.2.2016). ■